

Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsplans 2023 **Bürgermeister Bernhard Richter**

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats, liebe Bürgerinnen und Bürger von Reichenbach,

die letzten Jahre waren wir alle miteinander im Krisenmodus. Alle haben darauf gehofft, dass es im nächsten Jahr besser wird – aber niemand hat damit gerechnet, dass es noch schlimmer kommen kann.

Wir befinden uns derzeit in einer multiplen Krise – das könnte auch das Unwort des Jahres sein - trifft aber genau den Kern, mit was wir es gerade zu tun haben.

Der Krieg in Europa mit all seinen Folgen belastet alle sehr schwer. Wir haben zwischenzeitlich mehr Flüchtlinge aus der Ukraine als im Jahr 2015 Asylbewerber. Zusätzlich kommen eben aber auch noch andere Flüchtlinge nach Europa und vor allem nach Deutschland.

Der Gemeindetag als Stimme der Kommunen und der Deutsche Städte- und Gemeindebund haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass bei den Kommunen die Belastungsgrenze schon längst überschritten ist.

Dazu kommt das unsinnige Festhalten an der Verteilung der Flüchtlinge innerhalb von Deutschland nach dem Königsteiner-Schlüssel. Dieser Verteilschlüssel bedeutet, dass dort wo schon am meisten Menschen leben und damit die größte Wohnungsnot herrscht, auch die meisten Flüchtlinge untergebracht werden müssen.

Eigentlich ist es ganz leicht zu erkennen, dass das nicht funktionieren kann.

Wir in Reichenbach haben mehrere Sammelunterkünfte angemietet. Damit können wir im Moment die Flüchtlingszuweisung bewältigen. Allerdings müssen wir davon ausgehen, dass zahlreiche Flüchtlinge aus der Ukraine nicht mehr in ihr Land zurück gehen können oder wollen.

Das heißt, wir müssen uns auch mit einer dauerhaften Unterbringung beschäftigen. Das ist kaum möglich, da viele Menschen, die bereits hier leben, es auch sehr schwer haben, eine passende Wohnung zu finden.

Deshalb ist die Politik dringend aufgerufen, eine gerechtere Verteilung innerhalb von Europa zu organisieren und die Verteilung innerhalb von Deutschland neu zu regeln.

Wir möchten es auf jeden Fall vermeiden, Flüchtlinge in Hallen unterbringen zu müssen.

Parallel zu dieser dramatischen Entwicklung haben wir ein noch nie dagewesenes Problem – eine Gasmangellage. Das heißt, dass wir im Winter mehr Gas verbrauchen als geliefert wird. Deshalb sind alle aufgerufen, den Gasverbrauch zu reduzieren.

Die Gemeinde Reichenbach kommt dieser Aufforderung nach – trotz vieler Kritik, vor allem der Hallennutzer – da wir alles versuchen müssen, damit wir über diesen Winter kommen.

Zwischenzeitlich wurden wir bereits aufgefordert, sogenannte Wärmehallen zu definieren. Das bedeutet, dass wir Hallen vorhalten sollen, wo dann die Menschen hingehen können, die nicht mehr heizen können, um nicht zu erfrieren.

Dann sollten da aber keine Flüchtlinge wohnen. Wir haben dafür die alte Schulturnhalle ausgewählt, da sie noch mit Öl beheizt wird. Das dafür notwendige Notstromaggregat installieren wir derzeit.

Ein weiteres Problem ist, dass unsere Grundlast beim Strom mit Gaskraftwerken sichergestellt wird. Das bedeutet wiederum, dass wenn zu wenig Gas da ist, die Stromversorgung nicht mehr sichergestellt werden kann.

Das ist ein Szenario, das ich mir lieber nicht vorstellen möchte.

Deshalb müssen wir alles tun, damit es auch bei der Bevölkerung ankommt, den Gasverbrauch spürbar zu reduzieren. Die Bundesregierung und die Bundesnetzagentur gehen von rund 20% der Gasmenge aus, die wir einsparen müssen.

Wenn wir das nicht in die Köpfe der Menschen bekommen, könnte es ein ganz bitteres Erwachen für alle geben. Zu den gerade erwähnten Problemen kommt jetzt auch noch eine wirtschaftliche Krise dazu. Die hohe Inflation von bis zu 10% wird durch Zinserhöhungen bekämpft.

Ein Doppelleffekt mit gefährlicher Wirkung. Die Inflation ist trotzdem da und mit dem Zinssprung gibt es jetzt schon eine deutliche Investitionszurückhaltung sowohl von Unternehmen wie auch von Privaten. Das hat zur Folge, dass wir in eine Rezession laufen.

Das heißt, wir Kommunen haben mit weniger Steuereinnahmen zu rechnen und das trotz ständig steigender Ausgaben.

Nach unserer mittelfristigen Finanzplanung wären eigentlich nur die beiden Jahre 2021 und 2022 defizitär gewesen. Nun bringe ich aber einen Haushalt ein, der ebenfalls ein Defizit hat. Zum Glück verfügen wir noch über ausreichend Rücklagen, um diese Verluste auszugleichen.

Allerdings schmerzt es schon, dass wir die über Jahre angesammelten Gewinne dafür nun verwenden müssen. Schließlich haben wir zahlreiche Investitionen vor der Brust.

Und das ist für mich auch das Stichwort jetzt auf die Entwicklung von Reichenbach einzugehen.

Das größte Gesamtprojekt aller Zeiten haben wir mit dem Bau der Sporthalle mit Mensa und zwei Gymnastikräumen jetzt begonnen.

Die Grundüberlegungen kommen vom Schul- sowie Sportentwicklungsplan. Neben dem Neubau der Halle, der ja bereits begonnen hat, beschäftigen wir uns jetzt mit der Freiflächenplanung, der ökologischen Aufwertung des Lützelbachs, einer zukunftsfähigen Bücherei, neuen naturwissenschaftlichen Räumen für die Realschule, neue Schulhöfe, die Neuorganisation der öffentlichen Jugendarbeit und mit der Strategie des Ausbaus der Kinderbetreuung.

Dafür wollten wir eigentlich die Rücklagen einsetzen. Nichts desto trotz haben wir viel zu entwickeln, zu diskutieren und zu entscheiden. Jetzt legen wir die Grundlage für die Investitionen der nächsten 10 Jahre.

Deshalb ist es richtig, dass wir jetzt mit der Aufstellung eines Gemeindeentwicklungsplanes begonnen haben.

Schließlich muss der Schul- und Sportcampus eingebunden werden in das große Ganze in Reichenbach.

Ebenfalls richtig war es, ein Mobilitätskonzept jetzt auf den Weg zu bringen. Dieses Konzept muss sich im Gemeindeentwicklungsplan wiederfinden. Durch die neuen Fahrpläne des Metropolexpresses, mit einer sehr guten Anbindung nach Ulm und Stuttgart, stehen wir vor

großen Herausforderungen unseren Ortsbus und andere Mobilitätssysteme sinnvoll zu koordinieren. Das ist eine herausfordernde Aufgabe.

Im Rahmen dieser neuen Konzepte sind umfangreiche Bürgerbeteiligungen vorgesehen - ich hoffe, dass davon dann auch rege Gebrauch gemacht wird.

Weiterführen werden wir unser Sanierungsprogramm Zentrum Nord. Dort entstehen mit dem Wilhelmsquartier, dem Paulinengarten und mit Starmix 1. Bauabschnitt schon zahlreiche Wohnungsbauprojekte.

Mit der Umwandlung des Fabrikgeländes von Starmix in ein neues Wohnareal haben wir noch weiteres Potential. Hier müssen wir aber aufpassen, dass nicht zu viel auf einen Schlag angepackt wird. Im Moment verhandeln wir auch noch mit dem Investor was dort aus unserer Sicht sinnvoll und möglich ist. Schließlich muss ein solches neues Wohnquartier auch in den Ort passen.

Da wir immer mehr mit Katastrophen jeglicher Art konfrontiert werden ist es enorm wichtig, über eine leistungsfähige und gut ausgerüstete Feuerwehr zu verfügen. Das ist Gott sei Dank in Reichenbach der Fall. Die strategische Ausrichtung der Feuerwehr ist im Feuerwehrbedarfsplan langfristig festgelegt.

Nach diesem Bedarfsplan gehen wir jetzt in die Beschaffung eines neuen Feuerwehrfahrzeuges. Leider sind wir auch hier mit ziemlichen Kostensteigerungen konfrontiert, der Landeszuschuss ist aber immer noch in der ursprünglichen Höhe. Hier würde ich anregen, dass auch diese Fördersätze der Preisentwicklung und Inflation angepasst werden.

Ansonsten gibt es natürlich, wie immer, noch zahlreiche Einzelmaßnahmen die in diesem Haushalt enthalten sind, auf die ich jetzt aber im Einzelnen nicht eingehen möchte.

Die finanzielle Entwicklung ist nach wie vor schwierig, da die Kosten ständig steigen, neue Aufgaben von oben nach unten verlagert werden, die Einnahmen aber rückläufig sind. Deshalb werden wir weiterhin sparsam und mit dem Blick für das Machbare agieren. Das hat in der Vergangenheit im Zusammenspiel des Gemeinderates mit der Verwaltung auch immer gut funktioniert.

Am Ende gab es jetzt in Sachen Sanierung des Gymnasiums Plochingen doch noch einen guten Kompromiss. Der interkommunale Streit ist deshalb losgetreten worden, da das Land seiner Finanzierungsverpflichtung beim Bau und bei der Sanierung von Schulbauten nicht nachkommt.

Wären die Fördersätze ausreichend, hätte es solche Diskussionen niemals gegeben. Insoweit ist eine kleine Stadt mit einem großen Gymnasium natürlich schwer gefordert um nicht sogar zu sagen finanziell überfordert.

Dafür haben wir auch großes Verständnis. Allerdings müssen wir anderen Kommunen ebenfalls mit zu wenig finanziellen Mitteln eigentlich zu viele Aufgaben erfüllen.

Die Besonderheit bei diesem Thema ist allerdings, dass es bereits eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung aus dem Jahr 1964 gibt, in der sich die Umlandgemeinden verpflichten, ihre Kinder nach Plochingen zu schicken. Dort ist auch ausdrücklich geregelt, dass die Umlandgemeinden sich nicht finanziell am Gymnasium zu beteiligen haben.

Hintergrund dieser Vereinbarung war, dass seiner Zeit sowohl Wernau wie auch Reichenbach eigentlich ein eigenes Gymnasium bauen wollten. Durch die Entscheidung für Plochingen war das aber nach der damaligen Rechtslage nicht mehr möglich.

Schon im Jahr 1977 gab es einmal einen Kompromiss, bei dem man sich an einer Neubaumaßnahme beteiligt hat. An diesem Kompromiss von 1977 haben wir uns jetzt wieder orientiert.

Wir bezuschussen lediglich den Neubauanteil mit etwas mehr als 5 Millionen Euro. Für Reichenbach bedeutet dies 810.000 Euro. An der Sanierungsmaßnahme beteiligen wir uns nicht. Dieser Kompromiss ist auf Vorschlag des Landrates entstanden und zwischenzeitlich von allen Gemeinderäten – auch von Plochingen - beschlossen worden. Ein weiterer Teil dieser Vereinbarung ist, dass wir dann mindestens 25 Jahre nicht mit Kostenforderungen konfrontiert werden können.

Ich denke, dass ist eine gute Lösung und löst damit ein Problem unter Nachbarn, dass sonst einen Jahre - wenn nicht gar Jahrzehnte langen Rechtsstreit nach sich gezogen hätte. Was da am Ende rausgekommen wäre, ist völlig unklar. Es hätte von den geforderten 26,6 Millionen Euro bis gar nichts sein können.

Aber wir Kommunen haben bewiesen, dass es möglich ist, in Verhandlungen und Gesprächen auch sehr schwere Probleme lösen zu können.

Dies macht mir wiederum Hoffnung, dass wir auch die anstehenden schweren Zeiten meistern werden um dann wieder mit Mut und Optimismus in die Zukunft zu blicken.

Abschließend möchte ich mich ausdrücklich bei den Damen und Herren des Gemeinderates sowie der Verwaltung für das konstruktive Miteinander in der Krise bedanken.

Nur wenn wir an einem Strang ziehen, und auch noch in die gleiche Richtung können wir schwierige Probleme lösen.

Mein Dank gilt ebenfalls allen, die sich in unserer Gemeinde ehrenamtlich engagieren und somit einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität in unserer Gemeinde leisten.

Jetzt bleibt es mir noch, ihnen allen besinnliche Feiertage zu wünschen – versuchen Sie etwas Abstand zu gewinnen und hoffen wir auf ein gutes Jahr 2023.